

Yu-Hsi Nieh

## Die politische Krise in Taiwan

### I. Der spannende Wahl-Marathon

In den letzten vier Monaten fand in Taiwan eine Serie von Wahlen statt. Am 2. Dezember des vergangenen Jahres wurden die zusätzlichen Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan (Staatsparlament), alle Abgeordneten auf Provinzebene und die Regierungschefs auf Kreisebene gewählt. Darauf folgten am 20. Januar d.J. die Wahlen der Volksvertreter auf Kreisebene und der Gemeindevorsteher. Zuletzt fanden die Wahlen des Staatspräsidenten und dessen Stellvertreter am 21. und 22. März statt. Fast alle politischen Wahlen wurden so in Taiwan kürzlich abgehalten. Außerdem waren es auch die ersten Wahlveranstaltungen nach der Beendigung des 38 Jahre lang dauernden Ausnahmezustandes im Juli 1987.

Bei den Wahlen vom letzten Dezember erlitt die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang - Nationale Partei, im folgenden GMD) eine Schlappe. Ihr durchschnittlicher Gesamtstimmenanteil sank von über 70% auf 59%. Vor allem hat sie bei den Wahlen der Kreisregierungschefs nur eine knappe Mehrheit von 52,67% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Insgesamt gingen 47,33% der Stimmen bzw. sieben der 21 Ämter an die Opposition, darunter 38,3% der Stimmen bzw. sechs Ämter an die stärkste Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD).<sup>1</sup>

Unerwartet gut schnitt die GMD aber in den Kommunalwahlen am 20. Januar ab. Bei den Kreistagswahlen erzielte sie rund 62% der Stimmen und bei den Wahlen der Gemeindevorsteher sogar rund 72%. Gegenüber den gleichen Wahlen vor vier Jahren ist der Anteil der GMD an den gewählten Gemeindevorstehern etwa um 9% und der an den Kreistagsitzen um 9,6% gefallen.

Aber einschließlich derjenigen GMD-Gewählten, die ohne die Nominierung der Partei oder sogar gegen den Willen der Partei kandidiert hatten, betrugen die Einbußen der Regierungspartei nach eigenen Angaben bei den Gemeindevorstehern nur 3,5% und bei den Kreisabgeordneten nur 3,9%. Die MJD erhielt nach offiziellen Angaben der Wahlkommission 11,3% der Stimmen bei den Kreistagswahlen und 9,6% bei den Wahlen von Gemeindevorstehern; 26,8% bzw. 18,7% der Stimmen wurden an die parteilosen Kandidaten gegeben.<sup>2</sup>

In der Vergangenheit wurde der Regierungspartei bzw. der Regierung häufig Wahlmanipulation vorgeworfen. Solche Anschuldigungen sind zwar weniger geworden, aber von allgemeiner Chancengleichheit kann immer noch keine Rede sein. Abgesehen vom Regierungsapparat werden auch die meisten Zeitungen mehr oder weniger von der GMD gesteuert und sogar die Fernseh- und Rundfunksender monopolisiert. Außerdem zeigte sich die Wahlbestechung schlimmer und offenkundiger denn je, und zwar je kleiner der Wahlbezirk bzw. -kreis, desto mehr hörte man von Stimmenkäufen. Die MJD, die erst vor vier Jahren gegründet wurde und derzeit nur etwa 20.000 Mitglieder zählt, ist aus finanziellen und personellen Gründen bislang nicht in der Lage, bei Wahlen auf Basisebene mit der GMD oder den einzelnen einflußreichen parteilosen Kandidaten zu konkurrieren.

Was die Präsidentschaftswahl betrifft, hatte die Opposition von vornherein keine Chancen. Denn der Staatspräsident und Vize-Staatspräsident wird gemäß der Verfassung nicht direkt vom Volk, sondern von der Nationalversammlung gewählt. Zur Zeit bilden die 1947 auf dem chinesischen Festland gewählten Deputierten immer noch eine absolute

Mehrheit von 89%. Sie gehören entweder zur GMD oder deren Blockparteien. Unter den 1987 gewählten zusätzlichen Deputierten sind auch rund 81% GMD-Mitglieder. Früher war die Präsidentschaftswahl nur eine Formalität, als Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und nach ihm sein Sohn Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) wiederholt für das Amt kandidierten. Auch diesmal schien die Kandidatur von Li Denghui (Lee Teng-hui, 67), der nach dem Tode von Jiang Jinguo 1988 das Amt des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der GMD übernahm, anfangs problemlos zu sein. Strittig war nur die Kandidatur des Vizepräsidenten.

Bevor das Zentrale Exekutivkomitee (ZEK) der GMD zum Beschluß der Kandidaten des Staatspräsidenten und des Vize-Staatspräsidenten tagte, hatte es viele Spekulationen über den möglichen Wahlgefährten Li Denghuis gegeben: Als Favoriten galten u.a. General Jiang Weiguo (Chiang Wei-kuo, 74), der zweite Sohn von Jiang Jieshi und Generalsekretär der Nationalen Sicherheitskonferenz, Ministerpräsident Li Huan (Lee Huan, 73), Lin Yanggang (Lin Yang-kang, 63), Präsident des Justiz Yuan, Wirtschaftsminister Chen Li'an (53) und Verteidigungsminister Hao Bocun (Hau Pei-tsun, 71). Li Denghuis kurz vor der Tagung publik gewordene Entscheidung für Li Yuancu (Li Yuan-zu, 67), den Generalsekretär des Präsidentschaftsamt, rief große Überraschung und Ablehnung hervor, denn er genoß weder in noch außerhalb der Partei Ansehen und kaum persönlichen Einfluß.

Gleich zu Beginn der ZEK-Sitzung am 11. März setzte eine lebhafte und lange Debatte über die Art und Weise der Nominierung ein. Die Anhänger von Li Denghui und Li Yuancu unter der Regie des Generalsekretärs der Partei Song Chuyu (James C.Y. Soong, 48) befürworteten eine offene Abstimmung, um so die Nominierung der beiden Lis zu sichern. Dagegen verlangte eine Gruppe von prominenten Parteimitgliedern geheime Wahlen. Weil aber die Mehrheit der Delegierten eine klare Spaltung der Partei verhindern wollte, setzte sich in einer Abstimmung die Meinung für offene Wahlen durch. Daraufhin sprachen sich alle 180 anwesenden Stimmberechtigten für die Nominierung von Li Denghui zum Präsidentschaftskandida-

ten und die Nominierung von Li Yuancu zum Vizepräsidenten kandidaten aus.

Kurz nach dieser Nominierungstagung der ZEK löste sich die trügerische Einigkeit der GMD wieder auf. Die Gegner von "Doppel-Li" (Li Denghui und Li Yuancu) bildeten heimlich eine informelle Allianz und einigten sich darauf, Lin Yanggang und Jiang Weigu als Gegenkandidaten der zwei Lis für die Ämter des Staatspräsidenten bzw. Vizestaatspräsidenten zu unterstützen. Lin und Jiang argumentierten nach außen hin, daß sie zwar von sich aus nicht aktiv diese Ämter anstrebten, sich aber einer Aufstellung durch andere Leute auch nicht widersetzen würden.

Von den 1947 auf dem chinesischen Festland gewählten "alten" Deputierten der Nationalversammlung wollten viele eigentlich General Jiang Weigu zum Staatspräsidenten wählen, da sie sich in ihrem Glauben, unter der Führung des Generals das chinesische Festland aus der Hand der Kommunisten zurückerobern zu können, immer noch loyal zur Jiang-Familie verhalten. Aber im Hinblick auf die allgemeine Ablehnung einer Fortsetzung der Familiendynastie in der Bevölkerung nahmen sie die Nominierung Lin Yanggangs als Präsidenten- und Jiang Weiguos als Vizepräsidenten kandidaten hin. Lin Yanggang ist wie Li Denghui einheimischer und beide gelten schon seit geraumer Zeit als politische Kontrahenten.<sup>3</sup>

Als Anfang März die Allianz von Lin und Jiang Konturen annahm, waren nicht nur die Kandidaturen von Li Denghui und Li Yuancu ernsthaft gefährdet, sondern es griff auch ein Streit um eine Spaltung innerhalb der GMD schnell auf die ganze Gesellschaft über. Li Denghui bat daraufhin acht GMD-Seniorpolitiker, die Meinungsverschiedenheiten der beiden Seiten zu schlichten. Es gelang ihm außerdem, die Unterstützung von Jiang Xiaowu (Chiang Hsiao-wu, 45), dem zweiten Sohn von Jiang Jingguo bzw. dem Nefen von Jiang Weigu, zu gewinnen. Jiang Xiaowu griff am 9. März öffentlich seinen Onkel wegen dessen politischen Ehrgeizes scharf an. Aus Protest gegen die Spaltung innerhalb der GMD wollte er seinen Posten als Vertreter Taiwans in Japan niederlegen. Auch Lin Yanggang wurde von vielen

einheimischen Politikern wegen seiner Zusammenarbeit mit Jiang Weigu bei der Wahl gegen Li Denghui, dem ersten einheimischen Präsidenten, kritisiert. Unter dem Druck von verschiedenen Seiten zogen Lin und Jiang schließlich am 9. bzw. 10. März nacheinander ihr Einverständnis zur Kandidatur für die Ämter des Staatspräsidenten bzw. des Vizestaatspräsidenten zurück.<sup>4</sup>

Neben der parteiinternen Spaltung der GMD waren die Präsidentschaftswahlen noch Anlaß für eine Reihe von Konflikten zwischen Opposition und Regierung. Die MJD, die eine völlige Erneuerung aller staatlichen Parlamentsorgane bzw. die Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk fordert, versuchte mit den verschiedensten Methoden, die Tagung der Nationalversammlung von Anfang an zu sabotieren. Bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 19. Februar wurden drei oppositionelle Deputierte wegen "Störung" von der Polizei gewaltsam aus dem Saal entfernt. Aus Protest gegen diese Maßnahme zerschlug ein anderer oppositioneller Deputierter der MJD, Huang Zhaohui, die Tür- und Fensterscheiben des Saales und stürzte zudem beim Bankett mehrere vollbedeckte Tische vor den Augen des Staatspräsidenten Li Denghui und aller hohen Gäste um.<sup>5</sup>

Eine Woche vor den Präsidentschaftswahlen spitzte sich die politische Lage weiter zu. Am 12. März beschloß das von der Regierungspartei beherrschte Präsidium der Nationalversammlung, den 11 oppositionellen MJD-Deputierten die Teilnahme an der Tagung zu versperren, und zwar mit der Begründung, daß ihr Eid ungültig sei. Sie hätten zuerst die Vereidigung ganz verweigert, dann aber bei der nachfolgenden Veranstaltung den Text der Eidesformel so verändert, daß es statt "Repräsentation des Volkes der Republik China" nur "Repräsentation des Volkes von Taiwan" hieß.<sup>6</sup>

Am 14. März kam es im ersten Ausschuß der Nationalversammlung bei Abwesenheit der oppositionellen Deputierten weiterhin zu dem umstrittenen Beschluß, den sogenannten "provisorischen Verfassungsartikel für die Zeit der Mobilmachung zur Unterdrückung der Rebellion" (d.h. im Kampf gegen die chinesischen Kommunisten) dahingehend zu novellieren,

daß hierzu statt alle sechs Jahre die Nationalversammlung jedes Jahr einmal tagen soll, und zwar aus eigenem Antrieb und nicht aufgrund der Einberufung durch den Staatspräsidenten. Darüber hinaus soll sie ihre beiden Befugnisse realisieren, nämlich neben dem Gesetzgebungsorgan Gesetzesprinzipien verabschieden und die Möglichkeit wahrnehmen, vom Gesetzgebungsorgan verabschiedete Gesetze nach dem Prinzip des Referendums erneut entscheiden zu können. Zuvor hatte derselbe Ausschuß noch beschlossen, das Mandat der zusätzlichen Deputierten dieser Wahlperiode (1986-1992) im Hinblick auf die nächste Präsidentschaftswahl in 1996 von sechs auf neun Jahre zu verlängern. Außerdem entschied das Präsidium der Nationalversammlung, die Tagungsdauer von vornherein um fünf Tage auszudehnen und die Spesen für jeden an der Tagung teilnehmenden Deputierten von der im Staatshaushalt vorgesehenen Summe von 52.000 NT\$ (rd. 26,4 NT\$ = 1 US\$) auf 220.000 NT\$ zu erhöhen.<sup>7</sup> All dieses hinterließ den Eindruck einer "Selbstbedienung" durch die Deputierten und löste größten Protest auf allen Seiten aus.

In der Zeit vom 14. bis 21. März geriet Taiwan in die bedrohlichste Situation seit dem Volksaufstand vom 28. Februar 1947. Bei den von der MJD veranstalteten Kettendemonstrationen vor dem Tagungsort der Nationalversammlung auf dem Berg Yangmingshan sowie vor dem Präsidentschaftsgebäude und der Residenz von Präsident Li Denghui in der Innenstadt von Taipei kam es zu großen Konflikten zwischen den Massen und den Sicherheitsstreitkräften. Die "Selbstbedienung" der Nationalversammlung zur Ausweitung ihrer Macht wurde von den Mitgliedern anderer Volksvertretungsorgane sowie der breiten Öffentlichkeit scharf verurteilt. In einigen Orten kam es zu einer Bewegung, die zusätzlichen Deputierten abzuwählen, die sich an der "Selbstbeteiligung" während der Tagung der Nationalversammlung beteiligt hatten.

Am 18. März, auf dem Höhepunkt der Protestbewegung, versammelten sich über 30.000 Menschen auf dem Platz vor der Gedenkstätte für Jiang Jieshi in der Innenstadt von Taipei und veranstalteten dort andauernde "Sit-ins" nach dem Vorbild der Demokratiebewegung des letzten Jahres auf dem

Tiananmen-Platz in Beijing. Die Organisation dieser Demonstrationen à la Tiananmen-Platz, die anfangs die MJD angeführt hatten, wurde schnell von Studenten übernommen; es gab organisierten Hungerstreik von rund 60 Personen. Vor allem wurde verlangt, die überalterte Nationalversammlung aufzulösen und die antidemokratischen provisorischen Verfassungsartikel zu annullieren.<sup>8</sup>

Angesichts der bedrohlichen Situation haben Regierung und Regierungspartei erklärt, kurz nach der Präsidentschaftswahl eine Nationalkonferenz (Guoshi huiyi) zur Lösung der großen politischen Fragen einberufen zu wollen, an der Vertreter aller gesellschaftlichen Kreise, einschließlich der Opposition, teilnehmen sollen. Am 19. März suchte der Generalsekretär der GMD, Song Chuyu, den MJD-Vorsitzenden Huang Xijie auf, und am 21. März führte Präsident Li Denghui ein Gespräch mit 50 Studentenvertretern. Am Tag darauf beschloß die Interhochschulkonferenz der Demonstranten in einer Abstimmung mit 32:1 Stimmen, den "Sit-in"-Platz zu räumen.<sup>9</sup> Somit wurde die massive Demokratiebewegung in Taipei im Gegensatz zu den blutigen Vorfällen vom 4. Juni 1989 auf dem Beijinger Tiananmen-Platz friedlich beendet.

Unter dem Druck der allgemeinen Stimmung im Volk lenkte die Nationalversammlung ein. Die Revision der provisorischen Verfassungsartikel, die ursprünglich noch vor der Präsidentschaftswahl durchgeführt werden sollte, wurde bis auf weiteres verschoben und die Erhöhung der Spesen für die an der Tagung teilnehmenden Deputierten wurde zurückgezogen.

Bei der Präsidentschaftswahl am 21. März erhielt Li Denghui 641 oder 95,96% der 668 Stimmen und bei der Wahl des Vizepräsidenten fielen 602 oder 93,48% der Stimmen an Li Yuancu. Beide hatten keinen Gegenkandidaten. Trotzdem erschienen die Wahlergebnisse überraschend hoch, da - wie oben bereits erwähnt - ein großer Teil der Deputierten gegen die Kandidatur von "Doppel-Li" war. Li Yuancus Stimmenanteil bedeutete sogar einen Rekord gegenüber dem all seiner Vorgänger bei Staatsvizepräsidentenwahlen der Nationalversammlung.

## II. Die Verfassungskrise

Nach Abschluß des Wahl-Marathons kann Taiwan zwar wieder aufatmen, doch ist die durch die Wahlen entfesselte politische Krise bei weitem noch nicht überwunden. Es handelt sich dabei nämlich nicht nur um verbale Wahlparolen, sondern um längst fällige große Verfassungsänderungen oder, genauer gesagt, um eine grundlegende Reform der Regierungsstruktur. Dies betrifft vor allem die Eruerung des staatlichen Parlaments.

Die Republik China, die seit 1949 infolge des Debakels im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten auf dem chinesischen Festland nur über die Inselprovinz Taiwan herrscht, hält bislang immer noch an der Legitimität ihres alleinigen Anspruchs auf Gesamtchina fest. Nicht nur die 1947 verkündete Verfassung bleibt weiterhin in Kraft, auch die 1947/48 in Nanjing (Nanking) zusammengesetzten drei nationalen Volksvertretungsorgane, d.h. die Nationalversammlung, der Gesetzgebungs- und der Kontroll Yuan, sind über 40 Jahre nicht erneuert worden. Gemäß der Verfassung beträgt die Wahlperiode sowohl für die Nationalversammlung als auch für den Kontroll Yuan sechs Jahre und für den Gesetzgebungs Yuan drei Jahre; aber die vor über 40 Jahren gewählten Abgeordneten dürfen ihr Mandat gemäß Verfassungsauslegung behalten, solange das chinesische Festland unter kommunistischer Herrschaft steht.

Erst 1969 wurden in den "freien Regionen", also auf Taiwan und den anderen Inseln unter der Regierung der Republik China, im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme "ergänzende" Abgeordnete gewählt. Seit 1972 gibt es weiter die Wahlen von "zusätzlichen" Abgeordneten, die allerdings ein Mandat über sechs bzw. drei Jahre entsprechend der oben genannten Verfassungsbestimmungen haben. Über die Anzahl solcher Abgeordneten wird vom Staatspräsidenten kraft der "provisorischen" Verfassungsartikel entschieden. Darüber hinaus kann dieser noch eine beliebige Zahl von überseechinesischen Abgeordneten für den Legislativ- und Kontroll Yuan ernennen.

Bisher hat die Regierung die Anzahl der "zusätzlichen" Abgeordneten nur langsam erhöht; so bilden die betagten Abgeordneten in allen drei nationalen

Volksvertretungsorganen, vor allem der Nationalversammlung, die überwiegende Mehrheit. Bei den jüngsten Wahlen der "zusätzlichen" Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan im letzten Dezember wurden insgesamt 101 Sitze verteilt, davon fielen 72 an die GMD, 21 an die MJD und acht blieben parteilos. Ihre Anzahl ist immer noch niedriger als die der "alten" Kollegen.<sup>10</sup> Einschließlich der von der Regierung ernannten 29 überseeischen Vertreter sind zur Zeit über 60% der Mitglieder des wichtigsten Parlamentsorgans Abgeordnete "ohne Wähler". In der Nationalversammlung haben die Deputierten "ohne Wähler" sogar einen Anteil von 89%.<sup>11</sup> Auch im Kontroll Yuan, der nicht vom Volk direkt gewählt und hauptsächlich Impeachment-Aufgaben hat, haben die betagten und überseechinesischen Mitglieder die Mehrheit.<sup>12</sup>

Die für die Inselbevölkerung Taiwans kaum repräsentative Struktur der staatlichen Parlamentsorgane und deren Arbeit versuchen oppositionelle Abgeordnete im Gesetzgebungs Yuan, die zur Zeit nur einen Sitzanteil von etwa 8% haben, häufig mit legalen wie illegalen Methoden, einschließlich Beschimpfungen, Handgreiflichkeiten sowie der Zerstörung von Gegenständen, zu sabotieren. Neuerdings machen auch die "zusätzlichen" GMD-Abgeordneten Front gegen die betagten Kollegen und Parteifreunde. Die erwähnten Turbulenzen in und außerhalb der Nationalversammlung anlässlich der Wahlen des Staatspräsidenten und seines Vizepräsidenten machten die Dringlichkeit einer Umstrukturierung der Parlamentsorgane noch deutlicher. Aber jede reguläre parlamentarische Reform kann weder den Gesetzgebungs Yuan noch die Nationalversammlung umgehen, und die alten Abgeordneten bestimmen zur Zeit mit ihrer absoluten Mehrheit alle Gesetzes- bzw. Verfassungsänderungen. Zwar wurde Anfang 1989 ein Gesetz zur Förderung der freiwilligen Pensionierung betagter Abgeordneter mit einer hohen Abfindungsprämie von 3,7 Mio. NT\$ (über 140.000 US\$) verabschiedet; doch bislang haben nicht viele von ihnen hiervon Gebrauch gemacht.

Die Bevölkerung hat wegen der unnormalen Zusammensetzung der Parlamentsorgane nicht nur kaum Einfluß auf die Zentralregierung, sondern hat

auch kein Mitspracherecht bei der Regierungsbildung auf Provinzebene. Der Provinzgouverneur und die Bürgermeister der beiden provinzfürfreien Städte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) werden stets von der Zentralregierung ernannt. Diese zögert bislang entgegen der allgemeinen Forderung die Ausdehnung der Selbstverwaltung gemäß den Verfassungsbestimmungen bis auf die Provinzebene hinaus, weil ein von der Mehrheit der Inselbevölkerung gewählter Provinzgouverneur im Ansehen den hauptsächlich von den be-tagten Abgeordneten gewählten Staatspräsidenten übertreffen würde. Jedoch wurde vor kurzem angekündigt, in absehbarer Zeit die Wahl der Bürgermeister der provinzfürfreien Städte Taipei und Kaohsiung einführen zu wollen.

Aus Anlaß der jüngsten Präsidentschaftswahl ist auch ein alter Streit über das politische System der Zentralregierung wieder aktuell geworden, und zwar akuter denn je. Laut Artikel 53 der Verfassung der Republik China von 1947 ist der Exekutiv Yuan das höchste Verwaltungs- und laut Artikel 62 der Gesetzgebungs Yuan das höchste Legislativorgan. Ferner trägt der Exekutiv Yuan gemäß Artikel 57 gegenüber dem Gesetzgebungs Yuan die politische Verantwortung. Falls ein Beschluß des Gesetzgebungs Yuan zu einer Änderung der Politik des Exekutiv Yuan gefaßt wurde, oder auch ein neues Gesetz, das der Exekutiv Yuan zur nochmaligen Erwägung an den Gesetzgebungs Yuan zurückgegeben hatte und von diesem wieder mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Abgeordneten unverändert verabschiedet wurde, muß der Präsident des Exekutiv Yuan, also der Ministerpräsident, dies akzeptieren oder zurücktreten. Hier ähnelt es dem Parlamentarismus. Gewöhnlich bezeichnet man den Exekutiv Yuan auch schlechthin als das Kabinett (Neige) und den Präsidenten des Exekutiv Yuan als Ministerpräsidenten (Gekui).

Andererseits gibt es in der Verfassung mehrere Anzeichen des Präsidentsystems. Abgesehen von seiner Repräsentationsrolle als Staatsoberhaupt (Art.35), ist der Präsident der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des ganzen Staates (Art.36). Ferner hat er die Befugnis, Verträge abzuschließen, einen Krieg zu erklären, Frieden zu schließen (Art.38), den Ausnahmezustand zu verkünden, Begnadigungen auszuspre-

chen (Art.40), dringende Maßnahmen gegen eine unvorhergesehene außerordentlich kritische Lage zu treffen (Art.43) usw. Aber gemäß Artikel 37 braucht der Präsident bei Verkündung eines Gesetzes und dem Erlaß einer Anordnung unbedingt die Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten oder zusätzlich noch durch den zuständigen Minister. Die Rechte des Präsidenten sollen eigentlich lediglich als Formalitäten gewertet werden.

Ein anderes Kennzeichen des Präsidentsystems ist Artikel 55, wonach der Ministerpräsident vom Präsidenten ernannt wird; allerdings kann dies erst nach der Zustimmung zu seinem Vorschlag durch den Gesetzgebungs Yuan erfolgen. In der Vergangenheit hat man häufig die Regierungsform in Taiwan mit dem Präsidentsystem der "V.Republik" Frankreichs verglichen; wobei anzumerken ist, daß der Präsident der Republik China im Unterschied zu dem französischen nicht direkt vom Volk gewählt wird.

Als erster Präsident der Republik China seit der Verkündung der Verfassung 1947 regierte Jiang Jieshi mit großer persönlicher Autorität. Während seiner Amtszeit wurde auch die institutionelle Präsidentschaft durch die oben genannten "provisorischen Verfassungsartikel für die Zeit der Mobilmachung zur Unterdrückung der [kommunistischen] Rebellion" in großem Umfang erweitert. Vor allem wurde das Verfahren zur Verkündung von dringenden Maßnahmen in Notsituationen vereinfacht. Der Präsident ist ferner befugt, bezüglich der Mobilmachung und des Kampfes gegen die Rebellion die politischen Richtlinien zu bestimmen und die Verwaltungsorgane zu verändern. Die Einschränkung der Amtszeitdauer des Präsidentschafts- und Vizepräsidenten auf zwei Wahlperioden (12 Jahre) in Art.47 der Verfassung wurde suspendiert.

Der unmittelbare Nachfolger von Jiang Jieshi, Yan Jiagan (Yen Chia-kan, 1905-), der unter Jiang Vizepräsident (1966-1975) gewesen war und nach Jiangs Tod automatisch das Präsidentschaftamt antrat, hatte während seiner Amtszeit 1975-1978 aber nur die nominelle Funktion eines Staatsoberhauptes. Die Regierungsmacht wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Jiang Jinguo ausgeübt. Erst nachdem dieser 1978 auch das Präsidentschaft-

übernahm, wurde das politische Gefüge wie unter Jiang Jieshi wiederhergestellt.

Nach Beendigung der autoritären Regierung durch die Familie Jiang sind Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Präsidentschaftsamt und dem Exekutiv Yuan immer deutlicher zu erkennen. Im Mai 1989 mußte Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) von seinem Amt als Ministerpräsident zurücktreten, weil er zu Einzelheiten über die Teilnahme einer Regierungsdelegation an der Tagung der ADB (Asian Development Bank) in Beijing anderer Meinung als Präsident Li Denghui war. Von Verstimmungen zwischen Li Denghui und Li Huang als Yus Nachfolger in der Politik gegenüber Beijing und Moskau sowie in der Personalpolitik war auch die Rede, obwohl Li Huan wie Li Denghui im Unterschied zu Yu zu den reformfreundlichen Politikern der GMD zählt.<sup>13</sup> Die oben bereits erwähnten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Lis bezüglich der Nominierung des Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten hat ihre persönlichen Beziehungen noch zusätzlich belastet.

Am 2.Mai wurde in der Presse die überraschende Entscheidung Li Denghuis gemeldet, nach seinem neuen Amtsantritt als 8.Präsident der Republik China am 20.Mai den gegenwärtigen Verteidigungsminister, General Hao Bocun, zum Ministerpräsidenten ernennen zu wollen, und dies, obwohl ein großer Teil der Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan und der öffentlichen Meinung ihre Unterstützung für einen Verbleib Li Huans in diesem Amt erklärt hat. Hunderte von Studenten zogen gleich nach dieser Meldung spontan wieder los zu "Sit-in"-Demonstrationen gegen die Ernennung eines Militärs zum Regierungschef. Auch die Opposition protestierte gegen ein "Militärkabinett".<sup>14</sup> Man befürchtet ähnliche Unruhen wie bei der Präsidentschaftswahl im März. Es bleibt weiter spannend, wieviele Stimmen der Abgeordneten im Gesetzgebungs Yuan für Haos Ernennung erlangt werden können.

### III. Die Führungskrise

Sowohl innerhalb als auch außerhalb der GMD wird Li Denghuis Führungsstil inzwischen stark kritisiert. Allgemein hat man den Eindruck, als regiere er wie sein Vorgänger mit starker

Hand, obwohl er im Vergleich zu Jiang Jingguo und Jiang Jieshi kein Charisma besitzt. Er ist eigentlich Agrarökonom von Beruf, machte aber, nachdem er Jiang Jingguo 1971 mit seinen Fachkenntnissen beeindruckt hatte, eine steile Karriere vom Universitätsprofessor zum hohen Politiker, und zwar wurde er Minister ohne Geschäftsbereich (1972-1978), dann Bürgermeister der Hauptstadt Taipei (1978-1981), Gouverneur der Provinz Taiwan und Vizestaatspräsident (1984-1988). Doch weder in der Partei, noch in den Streitkräften oder der Zentralregierung hatte er vor seinem Amtsantritt als Staatspräsident 1988 eine Hausmacht. Hauptsächlich durch die Unterstützung von Seiten der liberalen Kräfte wurde er kurz nach der Übernahme des Präsidentsamtes auch zum Parteivorsitzenden gewählt.<sup>15</sup>

Im Vergleich zur Zeit vor einigen Jahren hat sich die politische Umwelt Taiwans heute durch Liberalisierung und Industrialisierung immer mehr hin zum Pluralismus gewandelt. Li Denghui muß in vieler Hinsicht zwischen den Blöcken balancieren. Andererseits scheint es aber, daß er die Taktik verfolgt, verschiedene Kräfte gegeneinander auszuspielen. Infolgedessen ist sein politischer Kurs des öfteren undurchsichtig, zumal in der Frage über die Zukunft Taiwans. Offiziell hält seine Regierung zwar noch an der Einheit Chinas fest, jedoch wird unter dem Motto der "flexiblen Außenpolitik" eine Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen nicht mehr abgelehnt. Jeder "direkte" Kontakt mit den chinesischen Kommunisten bleibt verboten, "indirekte" Verbindungen im Handel und auf Reisen über Drittrorte werden allerdings generell erlaubt. Separatismus (Verzicht auf die chinesische Vereinigung) steht ebenfalls weiterhin unter Strafe, jedoch werden Dissidenten, die eine politische Unabhängigkeit Taiwans von China verbal befürworten, nicht mehr unbedingt als Rebellen verfolgt.

Besonders unberechenbar ist Li Denghuis Personalpolitik. Wie bereits erwähnt, hat seine Entscheidung für Li Yuancu bei der Nominierung als Kandidat zum Vizepräsidenten eine tiefe Spaltung in der GMD hinterlassen, und die neueste Entscheidung für die Ernennung von General Hao Bocun zum neuen Ministerpräsidenten sorgt wieder für unabsehbare Spannungen

sowohl zwischen seinem Amt und dem Gesetzgebungsorgan als auch zwischen der Regierung und der Opposition. Schließlich stellt sich die berechtigte Frage, ob der Präsident mit seinem neuen designierten Ministerpräsidenten, den dritten innerhalb von zwei Jahren seit seiner Amtsübernahme 1988, gut auskommen wird.

#### Anmerkungen

- 1) Ausführlich dazu s. Yu-Hsi Nieh, "Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan", in: C.a., Dez. 1989, S.934 ff.
- 2) Ausführlich dazu s. C.a., Jan. 1990, Ü 40, S.28 f.
- 3) Ausführlich dazu s. C.a., Feb. 1990, Ü 44, S.114 f.
- 4) LHB, 10.-11.3.1990.
- 5) LHB und CP, 20.2.1990.
- 6) ZYRB, 21. und 26.2.90; LHB, 24.2. und 13.3.90.
- 7) LHB und CP, 15.3.1990.
- 8) *Zili Zhoubao*, 30.3.90.
- 9) Ebenda; LHB und CP, 23.3.90.
- 10) Zahl der betagten Abgeordneten nimmt infolge Tod und Rücktritt ständig ab; Anfang Dez. letzten Jahres waren es 162, Ende März dieses Jahres nur noch 149; nach LHB, 2.12.89 und 29.3.90.
- 11) Zu den Zahlen der Deputierten vgl. LHB, 21., 26. und 28.3.90.
- 12) Im Januar 1987 wurden zuletzt 22 Mitglieder des Hauses von den drei Parlamenten auf Provinzebene gewählt und gleichzeitig 10 überseechinesische Mitglieder von der Regierung ernannt. Die Anzahl der alten Mitglieder wurde damals mit 37 angegeben, inzwischen soll sie ebenfalls infolge Sterbe- und Rücktrittsfällen niedriger sein. Vgl. dazu C.a. Jan. 1987, Ü 40, S.25. Laut Bericht im LHB (12.4.90) gibt es zur Zeit noch 20 alte Mitglieder in diesem Haus.
- 13) Dazu s. LHB, 29.4.90.
- 14) Dazu s. LHB und CP, 3.-5.4.90.
- 15) S. Yu-Hsi Nieh, "Jiang Jingguo und sein politisches Erbe: Zur neuen politischen Konstellation in Taiwan", in C.a. Feb. 1988, S.141 ff, hierzu S.145 ff.



- 1) Beziehungen zwischen Schwiegermutter (Andeutung auf Präsident Li Denghui) und Schwiegertochter (Andeutung auf Ministerspräsident Li Huan)
- 2) Präsidialsystem
- 3) Kabinettsystem (Parlamentarismus)
- 4) Mal wird es als zu heiß bemängelt, mal wieder als zu kalt...Ach!